



## Parolen zu den Sozialversicherungsvorlagen

Der Vorstand von economisesuisse empfiehlt die BVG-Reform und die Renteninitiative zur Annahme und lehnt die Initiative für eine 13. AHV-Rente ab. Die Reform der beruflichen Vorsorge ist dringend, weil das Sozialwerk der steigenden Lebenserwartung und den tieferen Renditen angepasst werden muss. Besonders Junge, Frauen und Teilzeitbeschäftigte profitieren von einer besseren Vorsorge. Auch bei der AHV besteht aufgrund der demografischen Entwicklung Reformbedarf. Mit der Renteninitiative liegt ein wirksamer Lösungsansatz auf dem Tisch: Eine Erhöhung des Rentenalters auf 66 und eine anschliessende Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Die Forderung nach einer 13. AHV-Rente für alle geht hingegen in die komplett falsche Richtung. Die für die Finanzierung einer 13. AHV-Rente nötigen 5 Milliarden Franken müssten über höhere Lohnbeiträge und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert werden und gingen grösstenteils zulasten der Jungen und Erwerbstätigen.

Der Vorstand von economisesuisse sagt klar Ja zur BVG-Reform. Sie ist ein gelungener Kompromiss. Die Vorlage reduziert die unerwünschte, systematische Umverteilung von Erwerbstätigen zu den Rentenbeziehenden und stärkt gleichzeitig den Sparprozess. Insgesamt wird mit der BVG-Reform die berufliche Vorsorge modernisiert. Besonders Junge, Frauen, Teilzeitbeschäftigte und der Mittelstand profitieren von einer besseren Vorsorge. Damit wird auch das Versprechen im Zusammenhang mit der vom Volk angenommenen AHV 21 eingelöst. Die Gegner gefährden hingegen ganz bewusst das bewährte 3-Säulen-Prinzip unserer Altersvorsorge.

economiesuisse setzt sich auch für ein Ja zur Renteninitiative ein, weil man damit der steigenden Lebenserwartung Rechnung trägt und eine langfristige Finanzierung der AHV für alle Generationen sicherstellt. Eine Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre und eine anschliessende Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung sind weitaus generationenverträglicher als immer weitere Zusatzfinanzierungen über höhere Lohnabzüge oder über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer.

economiesuisse lehnt die Initiative für eine 13. AHV-Rente entschieden ab. Es ist unbestritten, dass der Finanzierungsbedarf der AHV aufgrund der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren stark zunehmen wird. Eine Rentenerhöhung für alle steht angesichts der finanziellen Perspektiven der AHV quer in der Landschaft. Mit einem Preisschild von 5 Milliarden Franken verschärft sie die bestehenden finanziellen Herausforderungen der AHV massiv. Höhere Lohnbeiträge und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer würden vor allem die Jungen und Erwerbstätigen stark belasten. Die Initiative führt ausserdem zu einem unsozialen Giesskannenausbau, weil die 13. AHV-Rente an alle Rentnerinnen und Rentner, unabhängig von deren tatsächlichem Bedarf ausbezahlt würde.

Lesen Sie hier die Positionspapiere zur BVG-Reform, der Renteninitiative und der Initiative für eine 13. AHV-Rente.

[Positionspapier zur BVG-Reform](#)

[Positionspapier zur Renteninitiative](#)

[Positionspapier zur Initiative für eine 13. AHV-Rente](#)